

Wiss.

Zum Fall Kühlmann-Bülow.

In den meisten Berliner Blättern spricht sich die lebhafteste Empörung über den Artikel des „Wiener Fremdenblattes“ und seine Verbreitung durch das offiziöse Berliner Telegraphen-Büro aus. So lesen wir in der „Rossischen Zeitung“ u. a.: „Der Artikel mutet um so merkwürdiger an, als seine Voraussetzungen nach jeder Richtung hin vollkommen irrig sind. In Berlin ist nichts davon bekannt geworden, daß der Fürst Bülow lebhaft am Werke ist, dem Staatssekretär v. Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten, um sich selbst an seine Stelle zu setzen. Wir wissen nur, daß in gewissen Privatkreisen der Reichshauptstadt jede sachliche Gegnerschaft gegen den Staatssekretär mit geheimnisvollen Andeutungen begleitet wird, als ob es sich dabei um irgendwelche Mächenschaften seiner persönlichen Gegner handle. In diesen Kreisen wird aber durchaus nicht der Fürst Bülow allein zu diesen Segnern gezählt. . . . Wichtiger erscheint uns die Frage, ob denn diese dauernden Grauerieien mit der Person des Fürsten Bülow in Oesterreich leitenden Kreisen gutgeheißen werden. Wir bezweifeln das aufs entschiedenste. Wir sehen auch den Ursprung all dieser Angriffe gar nicht etwa in solchen Kreisen, die an Oesterreichs Politik und an Oesterreichs Schicksal gar so warm interessiert sind. Wir wissen genau, auf welchem Wege schon früher derartige Kundgebungen von Oesterreich nach Berlin lanciert worden sind. Und es scheint uns kein Zufall zu sein, daß der Artikel des „Fremdenblattes“ an einem Tage erschien, an dem man in solchen Kreisen, die engste Fühlung mit Berlin besitzen, bereits wußte, daß die Stellung des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini stark ins Wanken geraten war. Herr v. Valentini hatte es sich in der letzten Zeit zu einer Art von Lebensaufgabe gemacht, im Verein mit einer ganz bestimmten Clique am Hofe, in den Reichsämtern und bei den auswärtigen diplomatischen Vertretern Deutschlands eine etwa irgendwann einmal möglich werdende Kandidatur des Fürsten Bülow für irgendeinen Posten zu bekämpfen. Nachdem nunmehr die Gefahr bestand, daß dieser Schutzwall gegen die „Bülowgefahr“ am Hofe beseitigt werden konnte, wurden anscheinend auf schnellstem Wege die Kräfte der Diplomatie und einiger Reichsämter mobil gemacht, um an einer bestimmten Stelle die Gefahr nicht nur der Kandidatur Bülows, sondern überhaupt eines Wechsels im Posten des Unterhändlers durch österreichische Pressstimmen deutlich zu machen. Es liegt hier unseres Erachtens ein Mißbrauch vor, der seit gewissen Phasen des Weltkrieges immer dann mit der angeblichen öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarns getrieben worden ist, wenn gewisse deutsche Politiker glaubten, ihre Pläne besser durchsetzen zu können, indem man sich den Anschein gab, als ob Oesterreich dieses oder jenes wollte oder nicht wollte.“

„Hände weg!“ In einem Artikel mit dieser Ueberschrift sagt die „Deutsche Tageszeitung“: „Um aber zu der entscheidenden — formellen Frage zurückzukommen, so ist die Behauptung des „Fremdenblattes“, die Bestellung der deutschen Friedensunterhändler sei „keine ausschließlich deutsche (1) Angelegenheit“, eine weniger naive als vielmehr sehr bewußte Annahme, die durch die herumgelöffelte Wiebermannsauce durchaus nicht schmacher wird. Und wenn das „Fremdenblatt“ nicht dem ersten besten Reichsdeutschen, sondern einem deutschen Staatsmann, der länger als ein Jahrzehnt die deutsche Politik verantwortlich geleitet hat, und — gleichviel, wie man sich sonst zu ihm stellt — nach jedem unbefangenen Urteil zurzeit als die erste diplomatische Autorität im Deutschen Reiche gilt, durch ein so unkorrektes und plumpe Manöver eine neue diplomatische Mission zu versperren sucht — so ist das ein Verfahren, dessen gebührende Kennzeichnung wir uns mit Rücksicht auf das Bundesverhältnis einstweilen noch versagen möchten. So viel aber muß gesagt werden: Wenn die Hintermänner des Wiener „Fremdenblattes“ dem Deutschen Kaiser vorschreiben wollen, welche Männer er zu Friedensunterhändlern berufen darf oder nicht, so übersteigt das jedes Maß des dem deutschen Empfinden Erträglichem . . .“

„Eine Annahme“ überschreibt die „Zagl. Rundschau“ einen Artikel, in dem es heißt: „Ohne alle Umschwelge und ehe ein weiteres Wort darüber verloren wird, muß dieser plumpe Angriff auf den Fürsten Bülow durch das amtliche Wiener Organ als ungehöriger und verletzender Uebergriß zurückgewiesen werden. Das Recht, unsere Unterhändler zu bestallen, müssen wir grundsätzlich für uns allein in Anspruch nehmen. Sollte man also belieben, morgen den Fürsten Bülow und übermorgen Herrn Scheidemann oder Herrn Erzberger nach West-Litowst zu schicken, so würden wir uns darüber zwar sehr lebhaft mit uns selbst auseinandersetzen, uns aber jede Beanstandung unseres Entschlusses durch irgendeinen Wiener Offiziosus aufs nachdrücklichste verbitten . . . Endlich muß die Tatsache festgenagelt werden, daß unser reichsdeutsches halbamtliches Telegraphenbüro die Wiener Einmischung in unsere Angelegenheit nach allen Seiten in die deutsche Welt hinein weitergibt, ohne auch nur mit einer Silbe anzudeuten, daß es dabei etwas anderes empfindet als reines Behagen. Das ist ungefähr eine ebenso starke Leistung, wie das Wiener Originalstück.“

Die „Kreuz-Ztg.“ sagt: Wir verzichten im Augenblicke darauf, auf die Einzelheiten dieser Urlassungen und insbesondere auf die scharfen Angriffe näher einzugehen, die das „Fremdenblatt“ gegen den Fürsten Bülow in seiner Eigenschaft als Unterhändler mit Italien hier richten zu müssen glaubt. Das „Fremdenblatt“ scheint sich nicht darüber klar zu sein, daß Fürst Bülow seinerzeit die Verhandlungen mit Italien als Bevollmächtigter der deutschen Regierung geführt hat und demgemäß nur den Weisungen der damaligen politischen Reichsleitung gefolgt ist. Wenn es ihm daher aus dem „Auswärtigen Oesterreichs-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung“ einen persönlichen Vorwurf machen und in ihm keinen treuen Sekundanten erblicken möchte, so ist das jedenfalls eine völlig ungerechtfertigte Verschönerung der Tatsachen. In

19
202